



Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Dienstag, 12. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 712

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Preis 20 Pf. die halbjährliche Zeit oder deren Raum. Abkommen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden nur die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875

Die evangelische Kirchenfrage in Preußen.

z Berlin, 10. Oktober. Während in Bezug auf die Verhältnisse zur katholischen Kirche in der preussischen Gesetzgebung eine gewisse Pause eingetreten zu sein scheint, drängt die evangelische Kirchenfrage ihrer Entscheidung zu. Die Geistlichkeit brennt darauf die Verfassung abgeschlossen zu sehen, der König als oberster Träger des Kirchenregiments wünscht diesen Abschluß noch zu vollenden. So werden wir denn wahrscheinlich im November in den Räumen des Herrenhauses hierseits eine Generalsynode der „evangelischen Landeskirche“ zusammenzutreten sehen. Im Jahre 1846 ist dies zum ersten Mal der Fall gewesen, seitdem fand eine Berufung nicht mehr statt. Die Generalsynode wird zwar nur von den acht älteren Provinzen Preußens besetzt, immerhin aber beansprucht sie 12 Millionen Evangelische, also die Hälfte der in Deutschland vorhandenen Evangelischen, zu vertreten. Das Ereignis hat darum immerhin eine Bedeutung für ganz Deutschland, ganz abgesehen von den auf dem letzten Protestantentage zu Breslau gefallenen Aeußerungen über eine für ganz Deutschland zu erstreckende einheitliche Synodalordnung. Die Generalsynode hat laut königl. Verordnung vom 10. Septbr. 1873 die Aufgabe, den zwischen Oberkirchenrath und Kultusminister zu vereinbarenden Entwurf der definitiven Ordnung einer Generalsynode zu beraten. Auch die künftige Generalsynode soll theilweise aus Wahlen der Provinzialsynoden hervorgehen. Da die für die sechs östlichen Provinzen durch die erwähnte Verordnung geschaffene Verfassung der Provinzial- und Kreisynoden der Geisteskraft noch entbehrt, wird sich die Beratung der Generalsynode auch auf diesen Theil der Kirchenverfassung zu erstrecken haben. Die Generalsynode wird nun ihrer Zusammenfassung nach genau dasjenige beschließen, was Minister und Oberkirchenrath von ihr beschließen zu sehen wünschen. Von ihren 203 Mitgliedern ernannt der König zunächst 30. Dazu kommen 11 dem Oberkirchenrath untergeordnete Generalsynodenmitglieder. Achtzig bis neunzig der von den Provinzialsynoden gewählten 150 Mitglieder gehören außerdem der ministeriellen sog. Mittelpartei an. Die 30 vom König zu designirenden Mitglieder sind noch nicht bekannt. Unter den 173 übrigen befinden sich nicht weniger als 88 Geistliche, daneben 60 öffentliche Beamte.

Es ist begreiflich, daß Geistlichkeit und Kirchenregiment sich eine Vertretung des evangelischen Volkes auch für die Zukunft möglichst ungeschmälert erhalten zu sehen wünschen. Sie wird niemals liberaler sein als der zeitige Minister, sie kann unter Umständen auch der Staatsregierung von orthodoxem oder hierarchischem Standpunkt aus Opposition machen, sie wird jedenfalls der Geistlichkeit gegenüber den „Laien“ nichts vergeben. Eben deshalb wird Oberkirchenrath und Generalsynode von der Verordnung von 1873, den dadurch geschaffenen Kreis- und Provinzialsynoden möglichst wenig aufzugeben, geneigt sein, da ja Dank dem Filtrirsystem dieser Ordnungen sich die vorbestimmte Gesellschaft zusammengefunden hat. Wie die Mitglieder der Generalsynode aus der Provinzialsynode, so sind die Mitglieder der Provinzialsynode aus der Kreisynode hervorgegangen.

An den Provinzialsynoden haben aber schon 72 vom König ernannte Mitglieder Theil genommen. Dazu ist das passive Wahlrecht verallgemeinert, daß die Kreisynoden nahezu die Hälfte, die Provinzialsynoden ein Drittel ihrer Abgeordneten aus der Geistlichkeit wählen müssen. Die Pfarrer sind wiederum geborene Mitglieder der Kreisynoden. Dazu kommt, daß auf die verschiedene Einwohnerzahl der Kreisynoden und Pfarren bei der Zahl der Abgeordneten fast gar nicht Rücksicht genommen ist, so daß das platte Land die Städte, die Landkreise die Stadtkreise vollständig majorisiren. Beispielsweise wählt die Diözese Glog mit 6289 Seelen 2, die Stadtdiözese Breslau mit der 20fachen Seelenzahl nur 3 Abgeordnete.

Minister Falk steht nun zwischen Oberkirchenrath und Geistlichkeit einerseits und Abgeordnetenhaus andererseits. Er braucht, um für die ganze Verfassung gesetzliche Sanction zu erhalten, die Zustimmung der letzteren. Er muß daher die Generalsynode zu chenselbstigen Änderungen der königlichen Verordnung bewegen, als ihm notwendig erscheint, um im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit zu erhalten. Die richtige Berechnung dieser Mehrheit ist daher die Grundlage aller Synodalverhandlungen. Nun aber haben sich die Ansichten im Abgeordnetenhaus für Minister und Generalsynode erheblich verschlechtert. Die konservativen Parteien dafelbst werden schon aufgewogen durch die Fortschrittspartei. Die Fortschrittspartei aber ist unter der Führung Virchows durchweg jeder gesetzlichen Sanction einer über die Gemeindeordnung hinausgehenden Kirchenverfassung abgeneigt, weil sie der Meinung ist, daß eine solche stets in einer staatlich garantierten und autorisirten Hierarchie führen, die gerade so schlimm sei wie die katholische. Daß das religiöse Leben einer über die Ortsgemeinde hinaus sich erstreckenden korporativen Gestaltung nicht bedarf, beweist ihm das Judenthum. Was nun aber die nationalliberale Partei angeht, so gehen die Ansichten auseinander. Herr Miquel, vom König in die brandenburgische Synode berufen und dort Führer der Mittelpartei, dürfte sich vielleicht zu einigen Konzessionen in Bezug auf stärkere Vertretung der Laien und der dichtbevölkerten Wahlkreise beugen. Nachdem aber eben jetzt zu Tage tritt, welche Früchte ein von den hannoverschen Liberalen F. B. eifrigst geförderter analoges Vertretungssystem in Hannover gefördert hat, erscheint es zweifelhaft, wie viel Parteigenossen bei Miquel festhalten. Bezeichnend ist, daß der Protestantenverein und mit ihm die Abg. Brediger Richter und Wegrenpennig — der Protestantenverein hat es in der Generalsynode kaum zu 15 Vertretern gebracht — jetzt entdecken das ganze Filtrirsystem und zugleich die besonderen Stände der Geistlichen und Laien

verwerfen und eine Generalsynode auf der Grundlage allgemeiner direkter Wahlen verlangen. Die offiziöse Presse läßt aber andererseits keinen Zweifel bestehen, daß Minister Falk sich höchstens zu einigen kleinen Konzessionen in der Richtung Miquel verstehen will. Unter diesen Umständen hängt das Schicksal der evangelischen Kirchenverfassung nicht von der Generalsynode, auch nicht von den evangelischen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, sondern von den Klerikalen im Abgeordnetenhaus ab. Unterstützen dieselben aus Sympathie für hierarchische Kirchenverfassungen Falk, wie sie F. B. Richter in der hiesigen Kirchenfrage unterstützen, so liegt Falk und die Generalsynode, erklären sie sich aber aus Absicht vor der Beschäftigung mit Abgeordneten mit kirchlichen Dingen für neutral und verlorf n wie 1874 bei Genehmigung der evangelischen Gemeindeverfassung den Saal, so bleibt vorläufig Alles wie es ist.

Von militärisch-sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Die bisher veröffentlichten Erörterungen über die angelich beabsichtigten 275 neuen Stabsoffizierstellen der Infanterie gehen von einem allgemeinen politisch-finanziellen Standpunkte aus; und es dürfte daher wünschenswerth sein, auch vom rein militärischen Standpunkte diese Frage in Erwägung zu ziehen.

Die Thätigkeit der Bezirks-Kommandeure in Bezug auf Ersatz- und Invaliden-Angelegenheiten, in Bezug auf Beurtheilung der eingehenden Gesuche um Befreiung vom Heredienste, endlich in Bezug auf die sehr umfangreichen Mobilmachungs-Vorarbeiten und die Mobilmachung selbst ist eine so sehr in das militärische wie in das Volksleben eingreifende, daß es zu beklagen ist, diese Thätigkeit den aktiven Offizieren entzogen zu sehen. Die im Amt befindlichen Bezirks-Kommandeure aus dem Inaktivitätsverhältnisse genügen allerdings vollkommen den Ansprüchen des Dienstes, aber es ist wünschenswerth, daß alle in höhere Stellen einrückenden Offiziere den oben angedeuteten sehr wichtigen Dienstzweig genau kennen lernen.

Die Mobilmachung des Heeres erfordert eine Reihe von Neuformationen, die mit Offizieren, namentlich Stabs-Offizieren dotirt werden müssen. Die zur Verfügung stehenden 51 Stabs-Offiziere der Infanterie decken kaum ¼ des Bedarfes. Es wird deshalb im Mobilmachungsfall der größere Theil der Kompanie in neue Kommandos-Verhältnisse treten müssen, ein Wechsel, der die Schlagfertigkeit des Heeres bedeutend schädigt. Deutschland wird darauf Rücksicht zu nehmen haben, daß der westliche Nachbar hervorragende Anstrengungen macht, durch feststehende Cadres seine für den Krieg beabsichtigten Neuformationen lebensfähiger zu machen. Die Landwehr-Bataillone haben solche Cadres nicht und bilden doch einen sehr wichtigen Theil der Armee. Es ist deshalb militärisch notwendig, mindestens die Bataillons-Kommandeure vorrätzig zu haben. Ob man dieselben im Frieden als Bezirks-Kommandeure oder bei den Linien-Regimentern verwendet, würde Gegenstand weiterer Erwägungen sein müssen.

Das Heranziehen von inaktiven Stabs-Offizieren im Mobilmachungsfall wird trotzdem nicht ausgeschlossen sein, da eine Reihe von Ersatz- und Garnison-Bataillonen für sie disponibel stehen.

Inaktive Stabs-Offiziere an die Spitze von ins Feld rückenden Landwehr-Bataillonen zu stellen, ist im Allgemeinen nicht zu empfehlen. Die Landwehr-Bataillone sind eine gute Waffe, wenn von starkem Arme geführt; ein schwacher Arm würde beim ersten Siebe erlahmen. Kann der Staat die nöthigen Geldmittel disponibel machen, dann würde die Schlagfertigkeit des Heeres durch Kreirung neuer Stabsoffizierstellen bei der Infanterie erheblich gesteigert werden.

„Die Türkei hat den Konkurs angemeldet“ — dies Thema variiren seit drei Tagen fast sämtliche bedeutende Blätter gelegentlich des neuesten Erlasses der Pforte, wonach diese künftig die Zinsen ihrer Staatsschuld nur zur Hälfte in Baar, zur Hälfte in mit 5 Proz. verzinsten bis 1880 rückzahlbaren Verschreibungen bezahlen will. Die finanzielle Zerrüttung trieb seit 20 Jahren bei der unsinnigen Staatswirtschaft mit tiefen Griffen der jetzigen Katastrophe entgegen. Bei Ausbruch des Krimkrieges hatte die Türkei noch keine Staatsschuld, sondern borgte sich bei Bedarf hier und da bei einem Banquier gegen 20–30 Proz. Seit 1856 aber sind 15 Anleihen — also beinahe alle Jahre eine — gemacht, da die Verzinsung der früheren immer durch neue gedeckt wurden. Nach Farley wäre die Schuld der Pforte auf 202554420 Pfund Sterling zu berechnen und mit der großen schwebenden Schuld dürfte die Gesamtsumme auf 5000 Mill. Francs sich belaufen. Zu dem Ausbruch dieser Krisis bemerkt die „Alln. Ztg.“:

Die Staatsanleihen sind für halbgebildete Völker ungefähr das, was der Branntwein für die Wilden. Die Verführung mit der Kultur gerichtet ihnen zum Verderben. Die hohlenlosen Finanzen sind die schlimmste Seite der neueren türkischen Geschichte, und es ist noch nicht abzusehen, wie es besser werden soll. Zwar bestimmt die neue Verfassung, daß nach fünf Jahren wieder die Zinsen regelmäßig zu Voll bezahlt werden sollen; „aber man glaubt's nicht!“ Inzwischen hat der zerstückte Staatskassas eine bedeutende Erleichterung, da er nur die Hälfte der Zinsen baar bezahlt und die andere Hälfte, angenommen, daß er sie wirklich einlöst, nur mit 5 Proz. verzinst. Jetzt muß er, da die türkischen Papiere auf 50, 40, fast auf 30 Proz. gefallen sind, weit über 10 Proz. bezahlen. Alles sehr zu bedauern sind die Gläubiger nicht, denn sie wußten seit lange, wie es mit den türkischen Finanzen ausseht, und werden auch künftig über 5 Proz. des angelegten Kapitals baar ausgezahlt erhalten. Die Türkei schlägt ihrem Kredit eine Wunde und hat dafür freilich eine augenblickliche Erleichterung; aber ob sie eine dauernde werden wird, das hängt allein davon ab, ob es ihr gelingen wird, Ordnung in den Finanzen zu schaffen. An sich ist die Lage der Türkei keineswegs verzweifelt, denn trotz allem haben die Steuern, haben Ausfuhr und Einfuhr sich seit einem Menschenalter sehr bedeutend gehoben und die Hülfquellen des

Reichs sind, wie man zu sagen pflegt, unermesslich. Aber auf die im Boden verborgen liegenden Schätze ist niemals viel zu geben. Nur die Güter kommen in Betracht, die wirklich zu Tage gefördert sind. Die Eisenbahnen, die theils schon gebaut sind, theils nach dem so eben mit Oesterreich abgeschlossenen Vertrage noch gebaut werden sollen, werden allerdings dazu beitragen, die Hülfquellen des Landes zu erschließen. Aber ohne eine kräftige Reform der inneren Verwaltung kann Alles nichts helfen.

Deutschland.

□ Berlin, 10. Oktober. Es ist nicht neu, aber jedenfalls zutreffend, was heut in der „Post. Ztg.“ zur Beseitigung des Unteroffiziermangels geltend gemacht wird: gründlichere Elementarbildung, und hiernach würde die Frage nicht vom Kriegsminister, sondern vielmehr mit der Zeit nur vom Kultusminister zu lösen sein. Tüchtige in den Seminarien wohl ausgebildete Elementar-Schullehrer sollen die meisten ihrer Schüler dahin bringen, daß sie kalligraphisch schön, orthographisch richtig schreiben, im Rechnen der Regel- und der Dezimalrechnungen völlig Meister sind, auch einen kleinen aber verständlichen deutschen Aufsatz machen können; dann werde die Aussicht auf eine sorgenfreie Zukunft durch Zivilanstellung und zwar nicht, wie jetzt, in den meist unangenehmsten, daher wenig anziehenden Stellen, sondern in den besseren Kanzlei- und den Sekretariatsstellen, deren Anforderungen zur Zeit aus Mangel an Schulbildung nur wenige gewachsen sind, bald die Unteroffizierstellen wieder füllen. — Wie verlaute, werden die Vorarbeiten für das Unterrichtsgesetz im Kultusministerium neuerdings auf genaue statistische Ermittlungen über die Aufwendungen der Gemeinden zu Schulzwecken ausgebeht. Es handelt sich dabei darum, ausreichendes Material für die Entscheidung der Frage über den Träger der Schulunterhaltungspflicht zu beschaffen. Aus einzelnen Schulorten sind die jährlichen Aufwendungen zu Schulzwecken festzustellen und zwar nach folgenden Rubriken. A. Zur Beschaffung des Lehrer-Einkommens. Davon kommen auf 1) durch Schulgeld, 2) durch Einkünfte vom Schulvermögen und aus Stiftungen, 3) durch Gemeinde- und Patronats-Leistungen, 4) aus Staatsmitteln. B. Für sonstige Schulzwecke. Ist schon überall die Summe in Mark anzugeben, so sind hier die Leistungen besonders zu bezeichnen und deren Werth zu nennen. Die nächsten Rubriken geben die Neu-Erweiterungs-, Reparatur-Bauten nach dreijährigem Durchschnitt gleichfalls in Mark und die Zahl der in die Schule aufgenommenen Kinder an. Bei den Einkünften aus Stiftungen und vom Schulvermögen sind a. Wohnung, b. Landnutzung einschließlich Befestigungs- und Düngungs-Arbeiten; bei den Gemeinde- und Patronats-Leistungen a. Werth des Brennholzes, b. Anfuhr- und Zerklenerungskosten, c. bare Gemeindebeiträge, d. Naturalienwerth zu ermitteln. — Mit dem Eintritt der neuen Form und schaffs-Ordnung kommt ein großer Theil der bisher gebräuchlich gewesenen Formulare in Wegfall, und schon jetzt wird an dem Entwurf der den künftigen Bestimmungen entsprechenden Formulare gearbeitet. Es sei deshalb schon jetzt darauf hingewiesen, daß mit dem 1. Januar 1876 die bisher nach den landrechtlichen Bestimmungen von dem Vormund alljährlich einzureichenden Erziehungsberichte fortfallen, wovon die Beteiligten Notiz nehmen mögen, um sich und den Behörden in Zukunft unnütze Arbeit zu ersparen.

— Die Staatsbeamten, welche zur Zeit des Gründungsfiebers nicht Eiligeres zu thun hatten, als an die Spitze von Aktien-Gesellschaften zu treten, befinden sich jetzt zum großen Theil in der Lage, eine Wiederaufnahme in den Staatsdienst für wünschenswerth zu halten. Dies scheint jedoch, der „Trib.“ zufolge, Schwierigkeiten zu haben. Zwei frühere Regierungsbeamte, welche gegenwärtig einer Eisenbahn-Gesellschaft vorstehen, sind beispielsweise mit ihrem Gesuch um Wiederaufnahme in den Staatsdienst mit fähigem Aufheben abgewiesen worden.

— Die Wähler des Dr. Pasker in Pögned und Saalfeld beabsichtigen, wie die „Karlz. Ztg.“ meldet, dem Wiedergewählten ein Ehrengehalt überreichen zu lassen.

— Sämtlichen Oberpost- und Telegraphen-Direktionen ist in Betreff der Umgestaltung der Post- und Telegraphenverwaltung unter dem 2. Oktober eine Verfügung zugegangen, worin es heißt:

Die in Folge der Umgestaltung der Post- und Telegraphenverwaltung erforderlich werdenden neuen Dienstverordnungen sind in der Ausarbeitung begriffen, einige Abschnitte werden indeß nicht eher abgeschlossen werden können, als bis die dritte Lesung des Etats statthalten hat. Da dieser Zeitpunkt nahe an den Jahreschluß rücken kann, so werden den kaiserlichen Direktionen schon von jetzt ab nach und nach im Wege besonderer Generalverfügungen die Grundzüge kundgegeben werden, von welchen die neuen Einrichtungen ausgehen, damit von den Herrn Bezirks-Höfsh bei Zeiten die erforderlichen vorbereitenden Maßregeln getroffen werden können. Dabei wird ein für allemal bemerkt, daß im Hinblick auf die noch ausstehende Genehmigung des neuen Etats durch den Bundesrath und den Reichstag diesen Einrichtungen ein provisorischer Charakter beizulegen ist, und daß daher vorbehaltlich bleiben muß, zu den betreffenden Generalverfügungen später eintretenden Falls diejenigen Änderungen und Ergänzungen bekannt zu geben, welche sich durch etwaige Beschlüsse der gesetzgebenden Faktoren zum Etat als notwendig herausstellen sollten. — Nach der vom Kaiser und Könige unter dem 1. September auf den Antrag des Herrn Reichskanzlers allerhöchst genehmigten Organisation tritt in Stelle der bisherigen Abtheilungen 1 und 2 des Reichskanzleramts eine eigene Zentral-Instanz des Reichs-Post- und Telegraphenwesens, welche durch den General-Postmeister unter der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers selbstständig verwaltet wird. Dem General-Postmeister sind zu diesem Zweck zwei Abtheilungen untergeordnet: das General-Postamt für die Postangelegenheiten und das General-Telegraphenamt für die Telegraphenangelegenheiten. Jeder dieser Abtheilungen steht ein Direktor vor, für die gemeinsame Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens in

den einzelnen Bezirken werden besondere Behörden unter der Amtsbezeichnung Ober-Postdirektionen neu errichtet, und zwar in der Anzahl von vierzig für den gesammten Umfang des Reichs-Post- und Telegraphenbezirk. Diesen Behörden sind sämtliche Postanstalten, Eisenbahn-Postanstalten und Telegraphenanstalten des Bezirks untergeordnet. Den Chefs derselben, welche die Verwaltung unter ihrer ausschließlichen Verantwortlichkeit führen, wird die erforderliche Anzahl von Räthen beigegeben. Bei Direktionen, deren besonderer Geschäftsumfang die Bildung von Abtheilungen erfordert, werden Ober-Räthe als Abtheilungsvorstände angestellt. Zur Wahrnehmung der Aufsichtsgeschäfte und der damit verbundenen regelmäßigen Dienstleistungen wird das erforderliche Personal an Post- bzw. Telegraphen-Inspektoren für die betreffenden Bezirke überwiesen werden. Die Ortsanstalten werden unter Beilegung aller Sonderbenennungen in drei Klassen eingetheilt: Postämter 1., 2. und 3. Klasse und Telegraphenämter 1., 2. und 3. Klasse. Die Vorsteher der Postämter 1. und Telegraphenämter 1. führen den Titel Post-Direktor bzw. Telegraphen-Direktor, die Vorsteher der Postämter 2. (bisherigen Postverwaltungen) führen den Titel Postmeister, die Vorsteher der Telegraphenämter 2. den Titel Telegraphen-Vorsteher; die Vorsteher der Postämter 3. (bisherigen Postexpeditionen) führen den Titel Post-Verwalter, die Vorsteher der Telegraphenämter 3. den Titel Telegraphen-Verwalter.

Eine andere General-Verfügung vom 4. Oktober betrifft die Theilnahme der Telegraphenbeamten und Unterbeamten an den im Bereiche der Postverwaltung bestehenden Wohltätigkeitsanstalten.

Beim Präsidium des Obertribunals gehen auf die schon wieder in Abrede gestellte Mittheilung, daß der Termin in dem Arz. n. m. Prozeß bereits für diesen Monat beim Straßentat des Obertribunals anberaumt sei, fortwährend Gesuche um Eintrittskarten zu den betreffenden Verhandlungen ein. Der Vorsitzende des Straßentats Obertribunals Vizepräsident Wirtl. Geh. Ober-Justizrath v. Jagersleben hat die Bittesteller dahin beschieden, daß Eintrittskarten zu den öffentlichen Sitzungen des Obertribunals grundsätzlich nicht auszugeben werden, und daß der Zutritt von Zuschauern zu dem Sitzungssaal nur in so weit gestattet werden könne, als der sehr beschränkte Raum desselben dies zulasse.

München, 9. Oktober. Ein nürnbergischer Blatt enthält in einem Korrespondenzartikel d. d. München, 6. Oktober, die Nachricht, daß man sich bei der bairischen Militärverwaltung mit der Idee trage, eine Konvention mit Preußen abzuschließen, dahin gehend, daß auch die bairische Militärverwaltung an Preußen oder an das Reich übergehen solle, welche Frage bei der erwähnten Militärverwaltung seit einiger Zeit eifrig ventilirt werde. Die „Allg. Ztg.“ ist in die Lage gesetzt, diese Nachricht als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnen zu können. — Bei Beginn der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten theilte der Präsident, Freiherr von Dm., mit, daß auf eine Anfrage, ob der König das Direktorium der Kammer empfangen wolle, der Bescheid ergangen sei: Seine Majestät wolle das Direktorium nicht nach Schloß Berg bemühen und werde es bei „Gelegenheit“ in München empfangen. — Ueber die Pörrg'sche Adresse schreibt die „Nat. Ztg.“:

Daß man in Baiern heute ein Affenstück fertigen könnte, welches die in jenem Lande herrschenden Gegenstände zum Ausdruck bringen will und von dem großen klerikalen Kampfe schweigt, hätte Niemand je möglich gehalten. Wer den Adressentwurf liest, welchen Abg. Boga Namens der bairischen Klerikalen verfaßt hat, der muß sich verwundert fragen, von welcher Zeit und welchem Staate denn eigentlich die Rede sei. Aus jenem Entwurf könnte man schließen, daß auf der einen Seite die Regierung stehe, auf der anderen das gesammte Land und es nur der Entfernung der Minister bedürfe, um ganz Baiern zu einem Freiland zu berechnen. Die Thatsache, die doch klar vor aller Augen liegt, daß im bairischen Lande zwei Parteien und zwei Organisationen von nahezu gleicher Kraft mit einander ringen, wird von der Adresse fast verschwiegen. Die Klerikalen, namentlich das Landvolk der alten Provinzen, geführt von den Bisköfen und Bischöfen, das Ganze geleitet von einem auswärtigen Diplomaten, dem Minister des Innern, haben in der Regierung, unterstellt von den Liberalen des Landes und namentlich der städtischen Bevölkerung: das ist das getreue Bild der Lage. Daß die Minister Wablausschreiben erlassen hätten, worin sie denen, die nicht für sie wählten, alles Ueble androhen, das in ihrer Macht steht, haben wir nicht gelesen. Wohl aber sind die Bischöfe auf den Kampfplatz getreten und haben die Gläubigen bei ihrer Seelen Seligkeit verpflichtet, nach klerikalem Sinn zu wählen, kein Einschüchterungsmittel wurde auf einer Seite verschmäht. Wie weit die Staatsorgane durchaus für die Regierung waren, wissen wir nicht, sehen wir doch die klerikale Kammerpartei durch Regierungs- und Justizbeamte geführt; daß aber am Wahltag auch nicht ein Kaplan verlagst hat, um durch seine geistlichen Nachmittels in den politischen Kampf einzugreifen, ist sicher. Wir können daher in jenem Adressentwurf nur ein Werk schändlicher Verlogenheit sehen, das den eigentlichen Streitpunkt eskamotirt. Dieses harte Wort gebrauchen wir mit vollständigem Bewußtsein seiner Tragweite. Der Jesuitismus hat sich in der Adresse ein Denkmal gestiftet, das seines Rufes würdig ist; wenn das deutsche Volk in der That sein Gewissen noch nicht verloren hat, wie Bischof Ketteler es beabsichtigte, so sind Männer wie jene Adressenverfasser gewiß

daran unschuldig. Die Frage, welche in der Adresse an Europa zum Austrage kommt, ist doch zu groß, um mit einem Jesuitenstücklein verschwinden zu können. — Die Adresse ist ein Abbild des Staates oder Knechtung desselben unter den klerikalen Despotismus und so wird sie auch in Baiern unter ihrem wahren Namen zum Austrag kommen.

Die Ultramontanen sind von einem neuen schweren Schlag betroffen worden. Wie der „N. Z.“ geschrieben wird, ist in Neuburg a. Donau der dortige katholische Stadtpfarrer und bischöfliche Defan Sautner seit zwei Tagen flüchtig und hat sich der wegen größerer grober Vergehen gegen die Sittlichkeit angeordneten Verhaftung entzogen. Es gehört dieser Mann zu den hervorragendsten Agitatoren der ultramontanen Partei, er ist Vorstand des katholischen Kasino und wurde bei der jüngsten Landtagswahl im Wahlkreis Donauwörth zum Ersatzmann gewählt. In Neuburg herrscht über diesen Vorfall die größte Aufregung. Es wurden dort anstehenden Plakate angeschlagen, deren Wortlaut indessen aus Anstandsgründen nicht wiederzugeben ist.

Belgien.

— Aus Brüssel schreibt man unterm 4. Oktober der „N. fr. Pr.“: Die Sensationsnachricht des Tages ist heute das plötzliche Verstorben und Absterben des Freiheitsbaumes vor dem königlichen Palaste. Von allen in der Revolutions-Epoche von 1830 gepflanzten Freiheitsbäumen war diese Linde die einzige, welche man konsekrirt hatte. Ob man damit, wie einige wollen, wirklich beabsichtigte, ein ernstes Mahnzeichen für die junge keltische Dynastie zu erhalten, ist schwer zu entscheiden. Genug, Leopold I. wollte nie darin willigen, daß man den Baum entfernte, und mit der Zeit, als derselbe immer herrlicher sich entfaltete und weithin Schatten um sich verbreitete, gefiel man sich darin, ihn als Symbol der Konstitution von 1831 zu feiern. Erst vor einigen Tagen noch hielt der Aelteste des immer kleiner werdenden Häufchens der Septemberkämpfer eine Ansprache und meinte, derselbe würde der Zeit und den Stürmen wie die 1831 begründete Unabhängigkeit trogen und noch lange blühen und grünen, wenn er und seine Gefährten die Augen geschlossen. Das plötzliche Absterben des Baumes erregt daher eine ganz außergewöhnliche Sensation. Die und da will man durchaus, daß es dabei nicht mit natürlichen Dingen zugegangen sei, und insinuiert, daß man muthwillig und böshast die Wurzel verlegt haben möchte. Mehrere Blätter bringen bereits auf eine Untersuchung des sonderbaren Falles. Glücklicherweise leben wir nicht mehr in der Zeit des Aberglaubens; dajamal durfte man nicht verfehlt haben, darin ein böses Omen zu erblicken.

Paris, 8. Oktober.

Macquet, der Hauptführer der Intrantigen von der äußersten Linken, hielt in Lac eine neue Rede, in welcher er sich folgendermaßen ausdrückte: „Gegenwärtig hält uns der Orleanismus in seinen Krallen. Derselbe denkt für den Augenblick nicht daran, die Monarchie wieder herzustellen, denn er erkannt deren Unmöglichkeit an; aber er denkt daran, unter der Republik zu regieren, sich an der Gewalt zu bereichern. Der Kampf ist daher heute sehr scharf begrenzt. Der Bonapartismus ist zu Boden geworfen. Die Republik, in so fern sie die Form der Regierung betrifft, ist nicht mehr bedroht. Es handelt sich nur darum, zu erfahren, ob sie von Royalisten oder von Republikanern regiert werden soll. Es ist für mich nicht zweifelhaft, daß, wenn die Zeitung der fortgeschrittenen Partei in den nächsten Tagen den Männern überlassen bleibt, welche sie in der jetzigen Versammlung haben, der Orleanismus regieren wird.“ Diese Stelle der Rede Macquets wirft helles Licht auf die geheimen Absichten des Führers der Intrantigen. Falls derselbe sich darauf beschränkt hätte, die Orleanisten und Gambetta — er thut dies in seiner Rede ebenfalls — anzugreifen, so hätte man schon glauben können, daß seine Handlungsweise auf blindem Fanatismus basirt sei; da er aber zugleich und daher in einem Augenblick, wo die Regierung Mac Mahon's eine großartige Enquete über die Bonapartisten angeordnet hat, behauptet, daß die Imperialisten todt und begraben seien, so hat man das Recht den Gerüchten einigen Glauben beizumessen, welche diesen radikalen Deputirten für ein bonapartistisches Werkzeug halten, dazu bestimmt, die konservativen Republikaner einzuschüchtern und die republikanischen Massen gegen dieselben aufzuheizen, so daß bei den nächsten Wahlen unter der gesammten republikanischen Partei ein Zwiespalt eintritt, welcher den Imperialisten allein zu Statten kommen kann. — Der heutige Ministerrath beschäftigte sich mit dem Wahl- und dem Press-

gesetz. Das Kabinet will mit größter Eile die Arrondissements-Abstimmung eintreten. Ob bei dieser Gelegenheit die Kabinetfrage zu stellen wäre, soll erst später entschieden werden. Das Pressgesetz, das bekanntlich Buffet bei der Rückkehr nicht sofort vorgelegt haben will, gab zu einer längeren Diskussion Anlaß. Der Justiz-Minister Dufaure hatte nichts dagegen, daß man die Vorlage dieses Gesetzes vertage, aber er will, daß man in diesem Falle den Belagerungszustand während der Wahlperiode überall provisorisch aufhebe. Zu einem Beschluß in der Frage kam es nicht.

Der Ex-König von Hannover ist in Paris angekommen. — Paris interessiert sich übrigens augenblicklich weniger für die Politik als für den neuesten literarischen Skandal. Dieser ist ein Buch: „Der Roman einer Amerikanerin in Rußland“, herausgegeben von einer Fachgenossin der Dame Cora Pearl, welche drei Jahre lang zu dem unglücklichen Großfürsten Nikolaus Konstantinowitsch in Beziehungen stand. Die Schriftstellerin, welche sich Fanny Pearl nennt, ist ansich ziemlich langweilig, die Erzählungen und Bemerkungen, welche sie enthält, entsprechen dem, was man von einer geistlosen Kokotte erwarten kann; das wahrhaft Skandalöse besteht aber darin, daß eine Menge intimster Briefe des Prinzen mit veröffentlicht sind. Blätter vom Kaliber des Figaro versichern, die Fanny Pearl habe noch eine Anzahl wichtigerer Dokumente in Besitz, für die man ihr Geld, aber nach ihrem Sinne nicht genug Geld geboten habe. Die ganze Publikation steht daher aus, wie eine erste Einleitung zu einem größeren Erpressungsversuch gegen die erlauchte Familie, von deren Mitgliedern Eris das zweifelhaft Glück hatte, mit Mlle. Fanny in Berührung zu gerathen. — Der „Temps“ leih seine Stimme den Beschwerden einer Anzahl von Reservisten, welche sich darüber beklagen, daß die Beförderung zum Reserve-Offizier wesentlich von der gut kirchlichen Gesinnung der Kandidaten abhängig gemacht werde: er glaubt, daß das Kriegs-Ministerium schematisch die Klerikalisierung der Armee begünstige. Zugleich wendet er sich ziemlich scharf gegen Herrn Wallon, der die Staatslehranstalten nur sehr langsam gegen die Konkurrenz der katholischen Institute waffne und noch jetzt, wo der Klerus seine vollständig organisirten Anstalten hat, von den staatlich angestellten Lehrern klerikale Gesinnung verlange. — Die „Republique“ hat ihre Artikel über Baiern beendet. Sie sind, wie zu erwarten, nichts weniger als preußenfreundlich, auch in manchen Punkten von zweifelhafter Richtigkeit, aber sie bleiben wenigstens bei der Tendenz, nicht mehr für den deutschen Ultramontanismus Partei zu nehmen.

Spanien.

— Der Berichterstatter der „Times“ in Madrid giebt einige Aufklärung darüber, wie es kam, daß der vielbesprochene päpstliche Brief über die Kultusfreiheit in Spanien veröffentlicht wurde. Wie aus diesen Mittheilungen hervorgeht, waren die Männer, welche dem jungen König Alfonso auf den Thron halfen, nicht im Klaren darüber, wie viel Boden die Grundsätze der Kultusfreiheit in Spanien in kurzer Zeit gewonnen hatten, und erbieten sich, in ihrem lebhaften Verlangen nach der Anerkennung des heil. Stuhls, das unter Isabella abgeschlossene Konkordat zu erneuern. Es geschah das denn auch, und der Papst gab dem neuen Könige seinen Segen. Das Zirkularschreiben für die spanische Kirche, das darauf hinausgeht die Bischöfe zur Aufbietung ihres ganzen Einflusses gegen religiöse Unbildung zu veranlassen, wurde abgesandt zu einer Zeit, wo die Minister der sehr von politischen Dingen in Anspruch genommen waren, um an kirchliche Angelegenheiten denken zu können. Cardinal Antonelli hatte dem spanischen Gesandten in Rom rechtzeitig eine Abschrift des Briefschreibens zu. Der Gesandte, der zu jener Zeit krank war, wartete nur einem der Minister über den Gegenstand. Der päpstliche Nuntius in Madrid reichte dem Ministerium ebenfalls eine Abschrift ein, allein unter innerer Zwietracht und am Vorabend einer Krisis wurde die Sache verschleppt und Mgr. Simeoni nahm das Schweigen der Regierung für Zustimmung und ließ das Zirkular an die Bischöfe abgeben. Der Bischof von Kadix ließ es zur Veröffentlichung kommen und von dort fand das Schreiben seinen Weg in die madrider Blätter. Zu spät suchte die Regierung die Sache zu unterdrücken.

Pöfener Provinzial-Landtag.

r. Posen, 11. Oktober. Die heutige Plenarsitzung des Provinzial-Landtags wurde von dem Landtags-Marschall, Freiherrn v. Arnbe-Bomst, zunächst mit der Mittheilung von dem Ableben des langjährigen Mitgliedes, des Abgeordneten des III. Standes der Wahlkreise Gnesen-Inowrazlaw-Mogilno, Gutbesizers Dubynski zu Kewitz bei Gnesen eröffnet. Alsdann wurde in die Tagesordnung

Interims-Theater.

Man mag über Verdi denken wie man will: Thatsache ist, daß seine Musik auch heute noch einen großen Kreis von Anhängern hat und von der Bühne herab ihre Wirkung nicht verfehlt. Das zeigte sich auch am letzten Sonntag, an welchem nach langer Pause wieder einmal „Der Troubadour“ aufgeführt wurde. Das Haus war sehr besetzt, mehr als bisher, und auch die polnische Bevölkerung hatte ein beachtenswerthes Kontingent von Besuchern gestellt. Scheint es doch nicht, als ob das „Teatr polski“ eine eigene Oper zu schaffen beabsichtige.

Herr Vokle sang den Manrico, und zwar dies Mal glücklicher disponirt als bei seinem ersten Auftreten vor acht Tagen. Sein wohlklingendes Organ kam zu voller Geltung. Mit ihm theilte Herr Zausch als Luna, der wie neulich als Egar auch diesmal seinen Vortrag durch Wärme der Empfindung befeuerte. Leider paßte dem Sänger im zweiten Akt ein kleines Mißgeschick, woran wohl die wahrhaft tropische Hitze des Hauses die Schuld trug. Hr. v. Collini als Leonore begeisterte das Publikum wiederholt zu lautem Beifall. Derartige Partien scheinen ihrem künstlerischen Naturell in erster Reihe zuzufallen. Freilich hat es den Anschein, als ob ihr die Erreichung höherer Töne einige Mühe verursache, dagegen steht ihr Gesang in den mittleren Regionen voll und ungezwungen. Schon vor Ende des ersten Akts hatte sie beim Publikum gewonnenes Spiel. Die Aulena der Hr. Trautmann war eine ganz tüchtige Leistung, doch hatte die Künstlerin, wie es schien, mit einiger Befangenheit zu kämpfen, welche die Eigenennatur, die Wildheit des Charakters, nicht recht zur Geltung kommen ließ.

Im übrigen ging die Aufführung wieder glatt von Station und verdiente den Erfolg, den sie errang. — g.

Eine nicht ganz glückliche Geldheirath.

In den vor Kurzem erschienenen „Anecdotes of the english aristocracy“ finden wir die interessantesten Belege dafür, daß die Vor-

sicht der hohen Aristokratie, sich durch Heirath reicher Erbschätzer von Kaufleuten für die verschiedenartigen Lebenszufälle zu sichern, von Alters her schon im Schwange war.

Im Anfange der Regierung Jakobs I. machte ein Lord Compton, späterer Graf von Northampton, die reichste Partie in England, indem er die Hand von Elisabeth Spenser, der Tochter Sir John Spencers, Kaufmanns und Lord-Mayors von London, erhielt. Dieser würdige Vater und Schwiegervater hinterließ dem jungen Paare sehr bald die für damals ungeheure und noch heute ganz anständige Summe von 800000 Pfund Sterling. Bei der Nachricht des Familienunfalles, den würdevollen Schwiegervater verloren zu haben, verlor Lord Compton beinahe auch noch den Kopf — vor Freuden. Als er wieder zur Vernunft kam, erhielt er von seiner Gemahlin folgendes Schreiben, das vermuthlich für einen Rückfall sehr beizuhelfen würde.

„Mein süßes Leben u. c. c. c. Nachdem ich Dir nun über Deine künftige Einrichtung meine Meinung ausgesprochen habe, muß ich doch wohl auch an mich denken und bei mir überlegen, was Du mir ansetzen sollst. — Ich bitte und beschwöre Dich, mir, Deiner zärtlichsten und liebenden Gattin, vierteljährlich auszu zahlen die Summe von 2600 Pfund Sterling. Neben diesem Nadelgelde möchte ich zu mildthätigen Zwecken vierteljährlich noch 600 Pfund zu haben, und darüber will und werde ich weiter keine Rechnung ablegen. Auch verlange ich für mich drei Reitpferde, und diese soll Niemand sich unterstehen zu verkaufen oder auszuhängen, außer ich an Andere, oder Du von mir. Ferner brauche ich zwei Gesellschaftskammerinnen, im Falle die Eine krank wird oder sonst eine Abhaltung hat; auch scheint es mir unangenehm für ein anständiges Frauenzimmer, allein Maulaffen sein zu haben, daher soll ich ihre Gebieterin und ihren Gebieter mit Reichtum beglücken. Weiter, wenn ich auf die Jagd oder die Falkenheize reite, oder mich aus einem Hause in ein anderes begeben, müssen sie mich begleiten, weshalb ich für jede der besagten Frauen ein Pferd haben will und muß. Ferner verlange ich sechs oder acht Herren zu Begleitern und meine eigenen zwei Kutschen, die eine für mich mit Sammt und vier sehr schönen Pferden, die andere für meine Frauen mit Tuch und goldenen Franzen oder mit Scharlach und silbernen Franzen und dazu vier gute Pferde. Auch muß ich, so oft ich eine Reise mache, nicht allein Kutschken (Halbkutschen) und Reispferde für mich und meine Frauen haben, sondern überdies auf Alles eingerichtete ordentliche Wagen, wo meine Sachen nicht von denen meiner Frauen, noch die übrigen von denen der Kammermädchen, noch die der Kammermädchen von denen der Waschkrauen beehelpt werden. Auch sollen die Waschkrauen, so oft ich reise, mit dem Wagen vorausgehen, damit

die Zimmer in Ordnung, gelüftet und gereinigt sind. Weil es ferner weit sich nicht schickt, daß ich mit meinem erhen Kavalier in meiner Kutsche gedrängt sitze, so muß er ein Pferd haben, mich zu begleiten, sei es nun in der Stadt oder auf dem Lande. Außerdem verlange ich zwei Lakaien. Und für mich selbst brauche ich, abgesehen von meinem jährlichen Nadelgelde, wamita Kleider zum Anziehen, sechs davon ganz besonders prächtig, acht für's Land und die übrigen sechs ebenfalls ganz besonders gut. Ferner bedarf ich in meiner Börse 2000 Pfund Sterling und verlange außerdem, daß Du meine Schulden bezahst. Ferner brauche ich 6000 Pfund Sterling, mir einen Schatz zum Andenken an meinen Vater und weitere 4000 Pfund Sterling, mir eine Perlenkette zu kaufen. Da ich in meinen Forderungen so mächtig bin, wirst Du so gut sein, meinen Kien ern Kleider zu schaffen, auch ihr Schulgeld, sowie den Lohn für meine Dienerschaft. Männer wie Frauen zu bezahlen. Ferner möchte ich alle meine Häuser mit Allem versehen zu empfangen, und daß meine Wohnkammer mit dem erforderlichen Geräthe ausgestattet werden, wie Betten, Sessel, Stühle, angemessene Kissen, Teppiche, silberne Warmflaschen, schöne Vorhänge und dergleichen. Meine Winterkammer in allen meinen Häusern erwarte ich ziemlich möblirt, sowohl mit Vorhängen, Sophas, Tragsimmeln, Glaseng, Teppichen, Stühlen, Kissen, als mit allem und jedem, was sonst dazu gehört. Ferner verlange ich, daß Du Deine Schulden bezahst, eine neue Villa aufbaust, gehörige Landereien erwirbst, und sowohl Du Gott und Dein Weib liebst, dem Oberkammerherrn, der Dir Alles, am liebsten vielleicht das Leben abnähme, nicht einen Pfennig leihst. — Nun ich Dir auseinandergelegt habe, daß, was ich haben will und das, was ich nicht möchte, behalte ich mir vor, eine Erhöhung meines Nadelgelbes um noch 2000 Pfund zu verlangen, sobald die Saison anpruchsvollere Nothen bringt, und meine Dienerschaft, wenn es nöthig ist, zu verdoppeln.“ Die Chronik hat vergessen, zu berichten, ob der ed. Lord die Börse oder den Bräutigam zur Hand genommen.

* Otto Noquette's fünftes Tragedie „Der Feind im Hause“ hat bei ihrer ersten Aufführung im königlichen Schauspielhaus zu Berlin am Freitag einen durchschlagenden Erfolg erzielt. Während des ersten Aktes und noch nach demselben verhielt sich das Publikum zurückhaltend; aber allmählich wuchs mit den sich steigenden Effekten die Theilnahme mehr und mehr; nach dem dritten Akte machte sich der Beifall stürmisch geltend, nach dem vierten wurde der Autor mehrmals und nach Schluß der Vorstellung nochmals zugleich mit dem Direktor Hein vor die Szene gerufen.

eingetretten, indem der Verwaltung der Jahresbericht über die Verwaltung des Landarmen- und Korrigendenswesens in der Provinz Posen pro 1874, der Verwaltungsbericht der Direktion der Provinzial-Hilfskassen pro 1874, der Verwaltungsbericht über die der Provinzial-Hilfskassen der Provinz Posen angehörenden ständischen Dispositionsfonds pro 1874, und über die der Provinzial-Hilfskassen übermiesenen Departementalfonds pro 1874, ferner der Bericht über die Verwaltung der Provinzialanleihe von 1000000 Thlr. und von 620000 Thlr., schließlich eine Uebersicht von dem Altkinderwesen der Provinz Posen und von den Baifonds mitgeteilt wurden. Für die Rechnung der Provinzial-Feuer-Societät pro 1873 wurde Decharge erteilt; auch wurde ein Antrag der Direktion der Provinzial-Feuer-Societät um Erhöhung der Gehälter von zwei Secretären der Societät um je 300 Mark genehmigt; dagegen ein Gesuch um Bewilligung der vollen Brandentschädigungssumme abgelehnt, da es sich in dem vorliegenden Falle um die Entschädigung eines Brandes durch eine Lokomotive beim Dresdener handelt. Ein Gesuch des Lehrers Robinski bei dem Arbeitsnachbauratanda menhaufe zu Kosten um eine Gehaltssteigerung von 200 Thlr. wurde abgelehnt, ebenso eine Petition der Stadt Pirke um Erstattung von Kosten. Schließlich war dem Landtage eine Vorlage, betr. Zusage zum Reglement der Provinzial-Feuer-Societät, zugegangen, wonach die Direktion der Societät einen Zusage zu 20 des Reglements beantragte, dahin gehend, daß bei Versicherungssummen bis zu 12000 Mark für ein Gebäude, welches nicht zu den gefährlichen Risiken (§ 6 des Reglements) und zur 7. Klasse (Windmühlen) gehört, das Gutachten eines Schörsers genüge, während bei Versicherungssummen über 12000 Mark und bei den feuergefährlichen Gebäuden mit Einschluß der Windmühlen über 3000 M. die Einschätzung von zwei Schörsern erforderlich sein solle. Dieser Antrag wurde mit der Abänderung angenommen, daß statt der Versicherungssumme von 12000 M. eine solche von 24000 M. gesetzt wurde.

Die Sitzung, die nach 11 Uhr Vormittags begonnen hatte, wurde gegen 1 Uhr Mittags geschlossen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 11. Oktober.

— In Angelegenheit der bereits früher erwähnten Verhaftung des Rittersgutsbesizers Bron. v. Potworowski (Rossow) theilt der „Kurier Pozn.“ Folgendes mit:

Herr v. Potworowski hat die Verpflichtung, dem jedesmaligen Propst in Alt Gostyn eine bestimmte Menge Getreide zu liefern. Als nun nach dem Tode des letzten Propstes (Bojczkowski) der Distriktskommissarius Rudolph die Verwaltung des kirchlichen Vermögens der Pfarre übernahm, und seinen nur in der Kirche Gottesdienst haltenden, glaubte (!) Herr v. Potworowski, er sei nicht verpflichtet, das Getreide an den Distriktskommissarius zu liefern. Der Distriktskommissarius klagte nun gegen Herrn von Potworowski und gewann den Prozeß. Da aber Herr v. Potworowski mehrmals vergeblich nach Alt-Gostyn das Getreide geschickt (?) hatte, indem er den Distriktskommissarius dort nicht traf, so beantragte (!) er den dortigen Schulzen mit der Abnahme des Getreides; der Schulze aber erklärte, er könne über das erhaltene Getreide keine Quittung vom Kommissarius ausstellen, habe auch seinen Platz zum Aufbewahren des Getreides. Unter dem 3. September d. J. erhielt nun Herr v. Potworowski von der Kreisgerichtsdeputation in Gostyn die Aufforderung, binnen 2 Wochen einen Scheffel Roggen und einen Scheffel Hafer an den Distriktskommissarius abzuliefern, widrigenfalls dem Kläger (dem Kommissarius) freigestellt werde, ihn entweder durch Personal-arrest zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit anzuhalten, oder die Handlung auf Kosten des Angeklagten durch einen Dritten verrichten zu lassen; oder endlich sein Interesse zu liquidieren; auch sei der Kläger, bezugl. von der getroffenen Wahl wieder abzugehen und eine andere zu treffen. Herr v. Potworowski richtete nun an den Distriktskommissarius das Gesuch, es möge ihm gestattet werden, jenes Getreide gleichfalls mit dem zu Martin (im November) zu liefern. Der Distriktskommissarius ging hierauf jedoch nicht ein, worauf Dr. v. Potworowski erklärte, er werde sich in dieser Angelegenheit an die vorgesetzte Behörde desselben wenden. Ehe nun von dieser Behörde eine Entscheidung eintraf, wurde Dr. v. Potworowski, als er sich am 6. d. M. in Gostyn befand, vom Gerichtsdirektor auf Antrag des Distriktskommissarius verhaftet. Da aber darauf wurde, er aber wieder entlassen, und schied ab, da das Getreide nach Alt-Gostyn zum Schulzen, welcher erklärte, der in der Pfarre wohnende Gensarm solle das Getreide in Empfang nehmen. Dieser nahm dasselbe auch ab, und stellte eine Quittung darüber aus, aber nicht im Namen des Distriktskommissarius.

— Aus der Provinz Posen schreibt man dem „Niederschles.“ unterm 9. d. Folgendes:

In einer unserer größeren Städte, nahe der schlesischen Grenze, waren zwei ehrbare Schwestern, die durch den gestrigen Herrn Standesbeamten ehelich verbunden worden. Bevor nun des Priesters segnende Hand diesen ja nur staatlich alligen Akt begiebt hatte, begab sich die fromme Gattin nach Sitte katholischer Christen zur Beichte. Sie schickte ihr süßes Herz vor den lauschenden Ohren des demüthigen Dieners der Kirche aus und empfing — so vermuthen wir — trostreiche Worte. Bisse Menschen aber verbreiteten hierauf das Gerücht, der Kanton habe die bußfertige Ehefrau zur Untreue gegen ihren Gemahl und zur Hingebung an ihn verführen wollen. Durch dieses Gerücht fühlte sich der Mann Gottes in seiner Ehre als Priester, wie er sagt, vernichtet, wie wir aber behaupten, nur unliebsam berührt. Er stellte flugs gegen einen dieser Verleumder, dessen Zunge gleich seiner Ahe sprach, die Klage an. Der Staatsanwalt selbst nahm, entrüstet über solche Schandthaten, die Sache in die Hand und der arme Schuster wurde am 17. v. M. vor das Gericht geladen. Schuldbeunruhigt und tiefergebeugt bekannte der Angeklagte, schärft inquirirt, das Verbrechen, eine durch alte Weiber in Erfahrung gebrachte Aeußerung ohne Erlaubnis in Kopfschlag genommen zu haben, behauptete indessen auch selbst und fest, daß von ihm verbreitete Gerücht sei wahr. Die zur Entlastung herbeigeführte Quelle des kaiserlichen Delinquenten befandete sich in offenkundiger Sittenlosigkeit, ihr habe die beichtende Kollegin der Angeklagten gleich nach empfangener Absolution mitgeteilt, daß der Kaplan sehr „anklagende Worte“ gesagt hätte. Alles Bureben half nicht, die schleichende Matrone zur Erläuterung dieser Worte zu bewegen. Der Richter witterte darunter die dem Angeklagten zur Last gelegte Verleumdung. Die Zeugin aber verweigerte beharrlich, diese Worte über ihre Lippen zu bringen, denn sie waren ihr „unklagend“. Der Gerichtshof sah deshalb sich genöthigt, im Interesse der Gerechtigkeit die stark vertretene Öffentlichkeit anzuschließen. Vermuthlich war dadurch der Anstoß beseitigt. Es öffnet sich wenigstens die Thür des Saales und hindurch schritt das ebenfalls zur Entlastung geladene Beichtkind. Die dem harrenden Publikum langsam verströmende Zeit deutete darauf hin, daß auch dieses schlichte Weib nicht sofort den forschenden Richter befriedigen wollte. Mit Ausdauer scheint indessen der Gerichtshof die Wahrheit ermittelt und die nöthige Grundlage zu seinem Spruche gefunden zu haben. War so viel wissen wir aus den Gründen des verurtheilten Urtheils, daß der Angeklagte die Ehre des Priesters nicht vernichtet, wenn schon er die Wahrheit der Verführung nicht zu erweisen vermocht hat. Dagegen hat bei Abmessung des Strafmaßes der Umstand schwer gemoggen, daß andererseits der sich tief gekränkter Priester nach Angabe des Präsidenten geradezu verwerfliche Worte an das Beichtkind gerichtet hat. Was mag das für ein geistlicher Trost gewesen sein, den ein prunkender Gerichtshof verwerflich hat? Der Zuhörerraum war gedrängt voll, wir vermütheten jedoch den stehenden Kaplan. Wir empfehlen denselben hiermit dem ferneren Wohlwollen.

— Wenn die Zunahme der Schaustafeln und Restaurationen am Reichthum für die Volksvermehrung oder den steigenden Wohlstand abgelesen möchte, so könnte man glauben, daß unsere Stadt in den letzten Jahren trotz Noth und Seuchepandemie bedeutende Fortschritte

gemacht hat; denn obwohl wir Restaurationen aller Art und in großer Menge besitzen, so ist doch die Zahl derselben mit dem Beginn des Winterhalbjahrs noch beträchtlich gestiegen, vornehmlich hat die westliche Neukauf sich eines auffallenden Zuwachses an öffentlichen Lokalen zu erfreuen. Vor Allem ist das „Restaurant de Paris“ von Guzman, welches in dem neuen Hause der Frau v. Manlowka an der Ecke der Bismarck- und Berlinerstraße an dem acstigen Sonntage eröffnet worden ist, hervorzuheben. Dasselbe besteht aus 5 Piecen und dürfte wohl das eleganteste aber freilich auch das theuerste sein, welches bis jetzt in unserer Stadt existirt. Aehnlich den weltstädtischen Restaurationen zeichnet es sich schon äußerlich durch seinen Luxus an Spiegelscheiben aus, welche nach pariser Sitte unterhängen sind, so daß man die Gasse in voller Größe darin sehen kann. Abends macht sich das Lokal in dem Vorübergehenden schon durch seine brillante Beleuchtung bemerkbar. Am Tage der Eröffnung war es stark besucht. Gegenüber demselben, auf der Berlinerstraße, ist im Vordergebäude des polnischen Theaters die Kurnatowski'sche Restauration eröffnet worden; dieselbe befand sich bekanntlich bisher auf der Wilhelmstraße neben der alten Landschaft und ist zu Wilschell d. J. nebst der polnischen Ressource nach der Berlinerstraße verlegt worden; die Ressource befindet sich im ersten Stockwerke, die Restauration im Erdgeschoße des erwähnten Vordergebäudes. Außerdem wird an der Ecke der Bismarck- und St. Martinstraße in nächster Zeit noch eine Restauration eröffnet werden. Rechnet man dazu die bereits eröffnete Restauration von Derpa, sowie das Bierlokal „Zur guten Quelle“ in dem Vordergebäude der Thiele-Friesche'schen Brauerei, beide auf der St. Martinstraße, so sind also mit Beginn des Winterhalbjahrs in jener Gegend 5 neue größere Lokale entstanden; zählt man dazu noch die 5 schon bestehenden Restaurationen in jener Gegend, (den Bismarck-Tunnel, die Metzgerhauer'sche Konditorei und eine benachbarte Restauration in der Berlinerstraße, die Langen'sche Restauration, die Bierhalle der Feldschloßbrauerei auf der Wilschellstraße) so beträgt demnach die Anzahl der größeren Lokale in jener Gegend gegenwärtig 10. Daneben existiren noch eine große Anzahl „Kneipen“ niedriger u. niedriger Gattung, ein Umstand, welcher das Wohnen in jener Gegend zu keiner besonderen Annehmlichkeit macht; denn, abgesehen von den Störungen der Ruhe am Tage und in der Nacht, ist der Verkehr auf der Straße, wo häufig Gruppen stehen oder Einzelne den Konsequenzen ihrer vorangegangenen Thaten freien Lauf lassen besonders Abends für Frauen und Kinder manchmal geradezu gefährlich. — In den anderen Gegenden der Stadt ist die Zunahme der öffentlichen Lokale weit geringer. Das geräumige Lokal auf der Wilhelmstraße, in welchem sich bisher die Kurnatowski'sche Restauration befand, ist nun dem Restaurateur Dümle, bisherigen Inhaber der „Wilschell'schen“ auf der Wilhelmstraße gepachtet worden und wird gegenwärtig eingerichtet auf der Breslaustraße gegen Ende d. M. die große Halle, welche im Sommer d. J. als Anbau zu der Düttel'schen Restauration auf dem Brauer Stöckchen Grundstücke an der Breslaustraße errichtet worden ist, eröffnet werden.

r. Fahrplanveränderungen. Auf denjenigen Bahnen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft, welche in den hiesigen Centralbahnhof einmünden, treten vom 15. Oktober d. J. ab folgende Veränderungen ein: Auf der Stargard-Posener Bahn kommt der gemischte Zug, statt bisher 8 Uhr 3 Min., 8 Uhr 7 Min. Vormittags an, und der gemischte Zug, statt bisher 9 Uhr 30 Min., 9 Uhr 28 Min. Abends. Der Personenzug, der bisher 11 Uhr 31 Min. Abends abging, wird bereits 11 Uhr 1 Min. abgelassen. — Auf der Posen-Breslauer Bahn trifft der Personenzug, statt bisher 3 Uhr 55 Min., 5 Uhr 28 Min. Nachmittags in Posen ein. Der Personenzug, der bisher 11 Uhr Vormittags abging, wird bereits 10 Uhr 45 Min. abgelassen. — Auf der Posen-Thorn-Bahn trifft der gemischte Zug, statt bisher 7 Uhr 27 Min., erst 8 Uhr 9 Min. Vormittags in Posen ein; der Personenzug, statt bisher 3 Uhr 32 Min., 3 Uhr 34 Min. Nachmittags; und der Personenzug, statt bisher 10 Uhr 12 Min., bereits 9 Uhr 47 Min. Abends. Der Personenzug, welcher von Posen bisher 5 Uhr 17 Min. Morgens abging, wird bereits 5 Uhr 10 Min. abgelassen; der gemischte Zug, statt bisher 11 Uhr 2 Min., 11 Uhr 40 Min. Vormittags; der Personenzug, statt bisher 4 Uhr 11 Min., 5 Uhr 57 Min. Nachmittags; und der gemischte Zug, statt bisher 8 Uhr, bereits 7 Uhr 5 Min. Abends. — Zu bemerken ist, daß bei den genannten drei Bahnen die Anzahl derjenigen Züge, welche die 4. Wagenklasse mitnehmen, vom 15. Oktober d. J. ab, um 5 vermehrt wird, so daß die Anzahl der Züge mit 4. Wagenklasse (von 24 Zügen zusammen) im Ganzen 22 betragen wird; d. h. es nehmen also vom 15. Oktober d. J. ab sämtliche Züge dieser Bahnen die 4. Wagenklasse mit, außer dem Personenzuge von Kreuz, der in Posen 3 Uhr 54 Min. Nachmittags eintrifft und auf der Posen-Breslauer Bahn der Personenzug, der von Posen 4 Uhr 4 Min. Nachmittags abgeht.

Ein Stubenbrand entstand Sonntag Vormittags in der Wohnung eines Schuhmachers am Alten Markte durch eine, aus dem Ofen in die davorliegenden Spähne gefallene Sied brennenden Holzeimern Wasser gelöscht.

Körperverletzung. Der 15-jährige Sohn eines Maurers auf der Al. Gierberstraße erhielt am 8. d. M. von dem 20-jährigen Sohne eines eben dort wohnenden Fuhrmannes mit einem Hammer einen Hieb auf den Kopf, so daß er dadurch eine nicht unbedeutende Verletzung davontrug.

Gefunden wurde vorgestern von einer Bettlerin ein Hundemarklein, welcher am Sonnabend von einem Mädchen am Alten Markte verloren worden ist; die Bettlerin ist mit dem Schmeine verschwunden. — In dem vermauerten Schornsteine eines Hauses auf der St. Martinstraße wurde am Sonnabend bei Errichtung eines neuen Herdes im früheren zugemauerten Kamine unter einer großen Menge von Schutt und Ruß eine alte Uhr mit eisernem Gehäuse und Weisewerk gefunden.

Diebstähle. Einem auf der Bismarckstraße wohnenden Maurergesellen wurde ein auf der Arbeitsstelle befindlicher Leberzieher gestohlen. — Einem auf der Baderstraße wohnenden Landkassensammler wurde ein Paar Stiefel und Kleidungsstücke gestohlen worden. — Einem auf der Baderstraße wohnenden Kaufmann wurde vor einigen Tagen aus unverschlossener Stube drei wollene Tücher und mehrere Kinder-Weihnachtsstücke entwendet. — Ein Uhrmacher auf der Friedrichstraße nahm am Sonnabend einen Gehilfen in Arbeit, der wenige Stunden darauf unter Mitnahme einer goldenen Uhr verschwand. Die Uhr, die einen Werth von 18 Mark hatte, ist von dem Diebe an einen hiesigen Goldarbeiter für 15 Mark verkauft worden. — Einem Hühnerhändler der Märkisch-Posener Bahn ist aus seiner, nahe der Stadt gelegenen Wärrerbude eine Zylinderuhr mit Goldrand und kurzer Stange, nebst anderen Kleinigkeiten durch einen Bahnarbeiter, welcher bei ihm eine Nacht schlief, gestohlen worden. — Einem Restaurateur an der Eichwaldstraße wurden in der vergangenen Nacht vom Felde 80 Schod Kraut gestohlen. Die Spur der Diebe führt nach der Warthe und sind zum Transport des Krautes jedenfalls Kähne benutzt worden.

X. Wreschen, 9. Oktober. [Kache. Feuer. Zuckerrübenbau.] In dem Dorfe Smiełowo unseres Kreises wurde in der verflochtenen Woche ein noch nicht 18 Jahre altes Mädchen, welches bei einem Pandmonie daselbst diente, von dessen achtjährigem Sohne daselbst die nahe bevorstehende Entlassung angekündigt. In Folge dessen wurde mußte sie auf die Weise gehen, um den zu machen; der kleine Sohn des Dienstherrn begleitete sie um im Walde Pilze zu sammeln. Auf einem schmalen Wege, welcher über die Luthja führt, angekommen, noch längere Zeit auf, bis sie sich von dem Tode ihres Nachbarn überzeugt, den Mörder hat ihre That bald darauf eingestanden; sie zu haben. — In der Nacht vom 6. zum 7. d. M. wurden wir durch Feuerlärm geweckt. Es brannte unter dem Dache eines einstöckigen alten Hauses, in welchem seit wenigen Monaten bereits dreimal Feuer

ausgebrochen. Vor Kurzem erst ist ein altes Stallgebäude auf dem zu demselben Hause gehörigen Hofe niedergebrannt. — Der Zuckerrübenbau sieht endlich in unserer Provinz Aufnahme zu finden. Nachdem in Smiełowo eine Zuckerrübenfabrik erbaut worden ist, bietet sich Gelegenheit zum Absatz der Rüben. Das Wreschen benachbarte, l. Charnik-Gut Tischdorf hat in diesem Jahre auch einen lobenden Anfang im Rübenbau gemacht. Der größtentheils gute Boden unseres Kreises ist gewiß für diese Kultur geeignet. Möge das gute Beispiel Nachahmung finden.

Teemessen, 8. Okt. [Damm durchsicht.] Gegenwärtig wird auf der Strecke der Oberschlesischen Eisenbahn, zwischen hier und Wodzislaw ein interessanter Bau ausgeführt. Ein bei Anlage der Strecke eingelegerter Höhendurchschlag, von ca. 60 cm. tiefer Weite, ist nämlich vor nicht langer Zeit von der Last des ca. 11 Mt. hohen Eisenbahndammes durchgebrochen, so, daß der Wasserabfluß von den südlich des Damms gelegenen Wiesen vollständig verhindert ist. Dieser Höhendurchschlag wird jetzt nun herausgenommen und soll ein durchweg gemauerter Durchschlag hergestellt werden. Zu diesem Zweck wird, ohne daß die Züge in ihren Fahrten behindert werden, ein Stellen durch den Eisenbahndamm, welcher an der Stelle eine Breite von ca. 40 Mt. hat, durchgetrieben. Starke Bauhölzer werden zu einem sogenannten Thürgerüst zusammengeheimert und dann aufgestellt; an diesen Böhlern nun, oben und zu beiden Seiten werden, indem der Boden nach und nach beseitigt wird, starke Bohlen mittelst großer Hämmer in den Boden getrieben, um so den Druck des hohen Damms von oben und nach den Seiten abzufangen. Der so zwischen den Bohlen ausgehöhlte Raum wird dann wieder mit einem Thürgerüst unterstügt und das Vortreiben anderer Bohlen geht wieder von Statten. Die Arbeit ist eine sehr schwere, und hat schon etwa 7 Wochen in Anspruch genommen, jedoch geht sie jetzt ihrer Vollendung entgegen. Der Umstand und Sachkenntnis des Bahnmehrs Herrn Boersche, welcher zur Leitung des Baues von Posen hierher kommittirt wurde, ist es wohl zuzuschreiben, daß bei dem schwierigen Unternehmen hier allseits beschriebene Unfälle u. d. d. bisher noch nicht vorgekommen sind.

Der plusnitzer Landfriedensbruch.

Von sachkundiger Seite geht uns nachträglich über die obige Angelegenheit der nachstehende, mehr die Auffassung der Vertheidigung vertretende Bericht zu, welcher das früher an dieser Stelle gebrachte Re'erat über die vom 2. bis 7. d. M. vor dem Schwurgericht zu Graudenz gepflogenen Verhandlungen wesentlich modifizirt und ergänzt:

Die Konstituierung des Schwurgerichts erfolgte durch Auslosung von 12 Geschworenen und 2 Ersatz-Geschworenen. Sowohl die Staatsanwaltschaft als die Vertheidigung machte von ihrem Ablehnungsrecht erschöpfenden Gebrauch. Eine bereits beendete Auslosung wurde von der Staatsanwaltschaft wegen eines Formfehlers als ungültig angefochten, und der Gerichtshof ließ demgemäß die Auslosung wiederholen. Unter den ausgelosten Geschworenen befand sich kein Katholik und kein Pole.

Die Anklage war gegen 63 Personen, sämtlich polnischer Nationalität, erhoben, darunter gegen 62 Personen wegen Landfriedensbruchs, gegen einen Angeklagten, den Dekan und Pfarrer Polomski zu Gnesen, wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch. Die der Haupt-Anklage zu Grunde liegende Gesetzesvorschrift, der § 125 des deutschen Strafgesetzbuchs, lautet wie folgt: „Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewaltthaten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung Theil nimmt, wegen Landfriedensbruchs mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Die Anstifter, sowie diejenigen, welche Gewaltthaten gegen Personen begangen oder Sachen geschädigt, verurtheilt oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, auch kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aussicht erkannt werden.“ Ueber die Anstiftung bestimmt § 48 desselben Gesetzes: „Als Anstifter wird bestraft, wer einen anderen zu der von demselben begangenen strafbaren Handlung durch Geschenke oder Versprechen, durch Drohung, durch Mißbrauch des Ansehens oder der Gewalt, durch absichtliche Herbeiführung oder Beförderung eines Irrthums oder durch andere Mittel vorzüglich bestimmt hat. Die Strafe des Anstiftens ist nach demjenigen Gesetze festzusetzen, welches auf die Handlung Anwendung findet, zu welcher er wesentlich angestiftet hat.“

Der Thatbestand, auf welchen die Staatsanwaltschaft die Anwendung dieser Gesetze verlangte, ist in Kürze nachstehender:

Auf die erledigte katholische Pfarre Plusnitz hatte der Bischof von Culm den Geistlichen v. Laszewski, welcher vom Patron prälatirt war, als Pfarrer berufen. Da diese Berufung wegen Mangels der Anzeige an den Ober-Präsidenten mit den Gesetzen nicht in Einklang stand, so wurde dem v. Laszewski seitens der Verwaltungsbehörde die Ausübung geistlicher Amtshandlungen in Plusnitz untersagt. Als dies Nichts half, wurde wiederholentlich Anklage gegen ihn erhoben, und er endlich auf Grund rechtskräftiger Erkenntnisse in's Gefängnis abgeführt. Nannmehr forderte, wie in dem Gesetze am 21. Mai 1874 vorgeschrieben, der Ober-Präsident den Bischof von Kulm zu gesetzmäßiger Befreiung der Stelle auf. Die Aufforderung hatte keinen Erfolg und es ging deshalb nach demselben Gesetze das Befreiungsrecht auf den Patron der Kirche, einen protestantischen Gutbesitzer, über. Legterer ernannte mit Zustimmung des Ober-Präsidenten den bis dahin in Bezug gleichfalls im Bisthum Kulm als Pfarrer fungirenden Geistlichen Golembiowski auf dessen Bewerbung zum Pfarrer. Golembiowski schickte sich darauf an, von seinem neuen Amte Besitz zu nehmen. Er wandte sich an den Landrath des Kreises Kulm mit dem Gesuche um Einföhrung. Dieser aber erwiderte, er habe vorläufig keine Zeit, weil ihn das Erbschaftsgericht in Anspruch nehme. In Folge dessen ging Golembiowski allein nach Plusnitz, nachdem er sich bei dem staatlich eingesetzten Administrator des Pfarrvermögens von Plusnitz, dem Bürgermeister der benachbarten Stadt Wreschen die Schlüssel zum Pfarrhause abgeholt hatte. Am 20. April Vormittags erschien er auf einem in Wreschen gemieteten Einspänner vor dem Pfarrhause, schloß dasselbe auf und installirte sich. Bereits bei seiner Ankunft war eine erhebliche Menschenmenge vor dem Hause in Plusnitz, welcher dem Pfarrhause gegenüberlag, aus den umliegenden Dörfern zusammengekömmt. Diese Menge empfing ihn mit lauten Rufen des Hochs auf den Bischof. Sie ließ Schimpfen und Verwünschungen aus. Einzelne aus der Menge, welche inszwischen das Pfarrhaus umringt hatte, schlugen (zwei oder drei) Scheitel ein, andere stiegen durch die Fenster in das Haus und erbrachen die im Innern befindlichen Thüren. Golembiowski retirirte von Zimmer zu Zimmer. Endlich trat er hinaus, um eine Axt zu holen. Diese ging in dem allgemeinen Getöse unter. Er beabsichtigte nun, nach Augustynen, dem Orte, wo der Vertreter des Patronats wohnte, sich zu begeben. Die Menge verlangte aber, daß er hingehe, wo er hergekommen sei. Sie drängte ihn unter fortwährenden Verwünschungen und Drohungen, unter denen namentlich in der Nähe des See's auch die gebräuchliche: „In's Wasser mit ihm, ins Wasser!“ von dem Wege nach Augustynen ab — auf denjenigen nach Wreschen. Auf diesem Wege eskortirte sie ihn noch eine Weile und gestatteten ihm endlich, nachdem er das Versprechen abgegeben hatte, nicht wieder nach Plusnitz zurückzukehren, denselben Wagen zu besteigen, mit welchem er gekommen war, und welcher sich zufällig, auf der Rückfahrt begriffen, in der Nähe befand. Die Zumutungen gestanden sich und Golembiowski langte kurze Zeit darauf wohlbehalten in Wreschen an.

Die umfangreiche Beweisaufnahme — es wurden 50 Zeugen vernommen — gilt nun zunächst der Befestigung dieses Thatbestandes, welchen übrigens die Ankläger im Allgemeinen verneinten, dann aber der Feststellung der Thätigkeit, welche die einzelnen Angeklagten entfaltet hatten. In letzterer Beziehung war insbesondere aufzuführen, ob Golembiowski auch körperlich angegriffen worden sei. Einer der Angeklagten bekannte sich schuldig, den auf dem Wege nach Augustynen Vorsehreitenden mit der Krücke seines Stodes am Kragen festgehalten zu haben. Dagegen bestritten die Angeklagten allezeit die Behauptung des Golembiowski, daß er auch an den Beinen mit einem Stode festgehalten, daß er an den Armen ergriffen und fortgezogen, daß er auf die Füße getreten worden sei.

Das Hauptinteresse hat die Vernehmung des Golembiowski selbst, der gleichfalls mit dem Zeugnisse belegt wurde. Er ist ein Mann nahe dem Vierzigern, von großer Statur und kräftigem Körperbau. Seine Glaubwürdigkeit wurde von den Vertretern der Angeklagten namentlich unter Berufung auf ein Attest angefochten, welches das bischöfliche Generalvikariat zu Culm über die bisherige Dienstführung des Zeugen ausgefertigt hatte. Das Attest wurde auf Befehl des Gerichtes zur Leistung gebracht, es behauptete: daß zwischen Golembiowski und den 12 Pfarrern, denen er successive überwiesen war, beständiger Streit geherrscht habe, daß in einem Falle Golembiowski's Trunkenheit beim Gottesdienste konstatiert war, daß er die Kirche eines der erwähnten Pfarrer verführt habe, daß er für dieses von ihm zugestandene Vergehen mit einer viermonatlichen Haft in der Demeriten-Anstalt zu Neuhauke bestraft worden war. Golembiowski, welcher sich über das Attest das Wort erbat, erklärte, dasselbe enthalte viel Unwahres, fallen könne aber Jeder sehr leicht, namentlich wenn er fortwährend unter der Wirbheit, unter der Köchin stehe.

Die Angaben der Angeklagten und der Zeugen werden in Einzelheiten vielfach von ihren Angaben in der Voruntersuchung ab. Dies gab Veranlassung zu Erörterungen über den Werth der in der Voruntersuchung aufgenommenen Protokolle. Angeklagte und Zeugen waren zum weitesten Theile nur der polnischen Sprache mächtig. Die Protokolle aber waren von einem der polnischen Sprache nicht mächtigen Richter aufgenommen. Für diesen letzteren Fall verordnet die Kriminalordnung, welche für das Verfahren in der Voruntersuchung noch in Kraft ist, daß die Sprachkunde des Richters durch Zuziehung eines Dolmetschers für den Richter neben dem ohnehin zuzuziehenden, der polnischen Sprache mächtigen Gerichtsdeutenden ergänzt werden müsse. Der Staatsanwalt bestritt, die Verteidiger behaupteten — Ersterer unter Berufung auf die in der Provinz Preußen allgemein herrschende Praxis, Letzterer gestützt auf mehrfache Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes — die fortwährende Gültigkeit auch dieser Vorschrift der Kriminalordnung. Außer der formellen Gültigkeit steht ferner die Vertheilung auch die Zuverlässigkeit der Protokolle an. Der in der Voruntersuchung zugezogene, angeblich der polnischen Sprache mächtige Gerichtsdeutende, auf dessen Verhandlungen mit den nur polnisch redenden Angeklagten und Zeugen bei der Sprachkunde des Richters die Fassung der Protokolle ausschließlich beruhte, charakterisierte sich nämlich, wie eine Vergleichung der von ihm als Dolmetscher gefertigten Uebersetzungen der für die Unterfuchung erheblichen Urkunden mit den Grundtexten ergab, als in hohem Grade unlässig.

In rechtlicher Beziehung drehte sich die Diskussion zwischen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung wesentlich um folgende Punkte:

1. was zu einer „Zusammenrottung“ im Sinne des § 125 St.-G.-B. erforderlich sei,
2. unter welchen Voraussetzungen eine „Theilnahme“ an der Zusammenrottung anzunehmen, ob dazu insbesondere bereits die Anwesenheit in der Versammlung genügt,
3. was das Gesetz unter dem Ausdruck „mit vereinten Kräften“ verleihe,
4. wann einer der Teilnehmer im Sinne des Gesetzes als „Häufsführer“ zu betrachten,
5. ob unter dem „Berühren“ von Sachen im Sinne des zweiten Absatzes des § 125 St.-G.-B. auch schon das Berühren einzelner Theile einer Sache, z. B. der Fensterscheiben eines Hauses, zu verstehen,
6. ob der „Gewaltthätigkeiten gegen Personen“ Drohungen gleichzuachten.

Die Geschworenen nahmen schließlich bei der Entscheidung an, daß von den Theilnehmern an der Zusammenrottung keiner als Häufsführer zu betrachten sei, wenigstens keiner der Angeklagten, im Uebrigen erklärten sie ungefähr 20 Angeklagte für nichtschuldig, den Rest für schuldig der Theilnahme an einem Landfriedensbruch, darunter 5 anstatt der von der Anklage beschuldigten Anzahl von 14 — unter dem erschwerenden Umstande, selbst Sachen zerstört und Gewaltthätigkeiten gegen die Person des Golembiowski verübt zu haben. Von den letzteren fünf wurde nur Einer, der im Anfange des Tumults zum Frieden ermahnt und erst nach reichlichem Genuß von Getränken der Menge sich angeschlossen hatte, durch Annahme „mildernder Umstände“ dem Bereiche der Zuchthausstrafe entzogen. Die übrigen vier wurden von dem Gerichtshofe theils mit den niedrigsten gesetzlichen Grade dieser Strafe (1 Jahr), theils mit einer recht erheblichen Schwärzung dieses niedrigsten Grades angesehen. Die sonst zu erkennenden Gefängnisstrafen werden meist im niedrigsten Grade (3 Monate) bemessen. Unter den Verurtheilten befinden sich auch zahlreiche Frauenpersonen, sowie vier Angeklagte, welche zur Zeit der That noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatten.

Was alsdann den der Anklage angeklagten Defan Polomski anlangt, so erkannten die Geschworenen, wie verurteilt, einstimmig — auf Nichtschuldig. Die Anklage stützte sich im Wesentlichen auf drei Momente: Polomski hatte dem Golembiowski bereits im Januar einen Brief geschrieben, in welchem er ihm auf das Dringende von dem Entschlusse abrieth, die Pfarrstelle von Plusniz anzunehmen; und

in diesem Briefe war auch der Möglichkeit gedacht, daß Golembiowski persönlichen Anfechtungen begegne. Polomski hatte ferner in den letzten Wochen vor dem Eintreffen des Golembiowski sowohl in Briefen, als in seinem Wohnort, als auch im Schulhause zu Plusniz mit einer Anzahl von Personen aus der Parodie Plusniz Versammlungen abgehalten, in denen die einzelnen Drischaffen, welche zu der Parodie gehörten, für ihre religiösen Bedürfnisse unter die benachbarten Pfarreien vertheilt und Gebete des Inhalts verliesten wurden, daß „Gott den Sinn des Golembiowski bekehre, damit er nicht nach Plusniz komme.“ Endlich war die Möglichkeit angeregt worden, daß auf Anordnung von Polomski die am 20. April bei der Pfarrei zu Plusniz versammelten Personen dorthin gekommen sein könnten.

Dem entgegen wurde jedoch zunächst durch zahlreiche Zeugen ermittelt, daß Polomski — was übrigens auch schon in der Voruntersuchung bekannt war — in den gedachten Versammlungen wiederholt unter Hinweis auf die gesetzlichen Strafen die Versammelten beschworen hatte, es ja nicht zu Gewaltthätigkeiten gegen Golembiowski kommen zu lassen und daß, bei der Beseitigung des Golembiowski'schen Aemters nach Plusniz gehet, sowie auch unter ihren Nachbarn und Bekannten für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Allgemeinen thätig zu sein. Die Theilnehmer der Versammlungen hatten denn auch hiernach gehandelt. Am 20. April waren von ihnen in Plusniz selbst nur zwei erschienen, und auch diese hatten sich bemüht, Ausschreitungen zu verhindern. Ueber die Ursachen des Zusammenstoßes der Menge am 20. April ergaben zahlreiche zur Refuta gebrauchte liberale und kirchliche, deutsche und polnische Zeitungsblätter, daß Golembiowski selbst in einer in Plusniz gehaltenen Abschiedsrede den 20. April als den Tag seiner „Einführung“ in Plusniz bezeichnet hatte, und daß allgemein für den 20. April „interessante“ Ereignisse in Plusniz vorausgesagt wurden, — nicht minder, daß die Zeunagen, welche diese Nachricht erhielten, in allen Kreisen der Parodie Plusniz und der Umgegend Feler hatten. Die Vertheilung der Parodianen von Plusniz unter die benachbarten Pfarreien erklärte Polomski als einen Ausfluß seines Amtes als Defan der seiner Auffassung nach „verwahrten“ und durch Golembiowski manuell bischöflicher Institution recht gültig zu besetzenden Pfarre. Mit Bezug hierauf führte die Verteidigung aus, daß die Nichtanerkennung gewisser Staatsgesetze, namentlich in politisch bewegten Zeiten und in dem Jahrhunderte alten Kampfe zwischen Kirche und Staat keinen Schlag auf einen Gang zum Vordringen lasse, und daß ein in der Hierarchie als ein Glied derselben mitten in lebender, durch Erziehung und Erbschur derselben unterworfenen Geist nicht schon um deshalb den Anspruch auf die Wahrung seiner Mitbürger verliere, weil er in einem Konflikte zwischen der Hierarchie und dem Staate der Ersteren treu bleibe. Die Legitimation des Polomski zu dem erwähnten Abwehrungsbriefe mußte Golembiowski selbst anerkennen, weil, wie er aus freien Stücken bekannte, Polomski früher sein Lehrer gewesen sei und ihn auch unterstützt habe.

Auf eine Kontroverse, welche zwischen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung darüber sich erhob, ob Golembiowski nach den kirchlichen durch Annahme der Pfarrstelle zu Plusniz der großen Exkommunikation verfallen sei, glauben wir nicht eingehen zu sollen. Die Verurteilung der großen Exkommunikation, welche gegen die Geistlichen Rubel und Kich bewirkt worden ist, sowie die bekannten Publikationen Papst Pius IX. scheinen die Nothwendigkeit der Befolgung der Frage außer Zweifel zu stellen. Andererseits berief sich die Staatsanwaltschaft, indem sie dabei die „Unverletzbarkeit“ des geistlichen Charakters nach kanonischen Rechte außer Acht ließ, für die Verurteilung der Frage darauf, daß in dem zur Leistung gebrachten Atteste über die Aufsehung des Golembiowski dieser noch als ein Mitglied des „Klerus“ bezeichnet werde.

Im Ganzen wird man nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß das Interesse, welches die gaudenzer Verhandlungen in Anspruch nehmen, ein zu hochgepanntes war. Da die „geistliche Hand“, welche in dem Tumulte gesucht wurde, nicht zu finden war, so blieb Nichts übrig, als ein Erge, wie ihn zornentbrannte Menschen von der Klasse der Angeklagten, namentlich unter dem Einfluß geistlicher Getränke, öfters begehen. Gewaltthaten gegen Golembiowski sind nicht vorgekommen. Er ist bald nach dem 20. April durch die Staats-Behörde in Plusniz wirklich eingeführt worden und wohnt daselbst unbehelligt. Gottesdienst hält er inessen aus Mangel an Theilnahme seitens der Gemeinde nicht ab. Mäße der Sica des Staates in seinem Kampfe mit der Kirche mit möglichst wenig Wiederholungen des geschilderten Intermezzo's erlöst werden!

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die Nr. 41 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stilke in Berlin, enthält: Der Nutzen der Industrie. Von H. B. von Unruh. — Kaiser Nikolaus in London. Von Emil Lehmann. (Schluß) — Literatur und Kunst: Hans Christian Andersen. Von Adolph Strodtmann. — Ein akademischer Protest. Von Carus Stern. — Tennen. Plattdeutsche Dichtungen in mecklenburger Mundart von Friedrich und Karl Eggers. Besprochen von Klaus Groth. — Das römische Kaiserthum. Von dem Verfasser des

Aufsatzes „Ueber Publikum und Quellen der Popularität“. — Aus der Hauptstadt: Dramatische Aufführungen. „König Roderich.“ Trauerspiel in fünf Aufzügen von Fritz Dahn. Besprochen von Paul Lindau. — Notizen. — Offene Briefe und Antworten. — Inserate.

Vermischtes.

• Breslau, 10. Oktober. [Raubmörder Elias. Bantätigkeit. Mordverhältnisse.] Die endliche Gefangenahme des berüchtigten Raubmörders Elias haben die Ihren Lesern bereits mitgeteilt; ohngeachtet der vielen Schwunden, welche der Betreffende bei dieser Gelegenheit erhalten, hofft man das Leben des Ganners zu erhalten, freilich nur um ihn später zum Tode verurtheilen zu können. Die Ergreifung des gefährlichen Streiches hat die Inhaftierung einer Menge von Personen aus der Gegend von Zabrze und Zabrze zur Folge gehabt und sind massenhaft gefohlene Sachen aufgefunden worden, es scheinen jedoch noch mehrere der Bande sich in Freiheit zu befinden, wie die vielen Drohbriele beweisen, welche noch immer an diejenigen eingehen, welche sich an der Gefangenahme des Elias betheiligen haben. Wie aus den Papieren des Letzteren hervorgeht, muß derselbe eine größere Geldsumme an irgend einer Stelle versteckt haben, die bisher von ihm noch geheim gehalten wird. — Am jüngsten Michaelstermine hat hier ein sehr umfangreicher Wohnungswechsel stattgefunden, bei welchem ein bedeutender Heruntergang der Miethpreise zu konstatiren ist. — Die Bantätigkeit war im Laufe des Jahres eine sehr umfangreiche, ganze Stadtviertel sind neu entstanden und hat sich dadurch ein sehr bedeutender Ueberschuß, besonders an großen Wohnungen, herausgestellt; nach amtlichen Ermittlungen streben über 100 derselben leer. Mittlere und kleinere Wohnungen sind, wegen des starken Zuganges von außerhalb, dagegen immer noch gefragt. Wie einzelne Hausbesitzer jedoch gebotene Gelegenheiten für die Miethschranke zu benutzen verstehen, geht aus nachstehendem buchhändlerischen Falle hervor. Ein Haus auf der Tausenienstraße geht kürzlich in andere Hände über, den ersten Stock desselben bewohnt seit langen Jahren gegen 800 Thlr. Miethzins eine alte reiche fast 70-jährige Dame, welche ihre geräumige Wohnung ganz nach ihrer Bequemlichkeit hat einrichten lassen. Diese dann hat der neue Wirt, in der Voraussatzung, daß sie in ihrem hohen Alter höchst untern ihre Wohnung wechseln werde, um das Stache erhöht und 2400 Thlr. jährliche Miethie verlangt. Die Rechnung des Hausbesitzers hat sich auch als zu treffend erwiesen, da die Mietherin bei ihrer Wohlhabenheit vorgesogen hat lieber die ganz exorbitante Summe zu zahlen als zum bevorstehenden Winter ausziehen.

• Königsberg N. M., 6. Oktober. Der Lehrer Zunk aus Grabow, ein im Amte ergrauter Mann, bestrafe Ende Juni einen unverschämten Knaben, wobei letzterer fiel und ein Knie verlor. Die Eltern des Knaben brachten dies, unterstützt durch ein Zeugnis des Kreisphysikus Buge, der Staatsanwaltschaft zur Anzeige und verlangten die Bestrafung des Lehrers. Das hiesige Kreisgericht hat nun den Lehrer Zunk zu drei Wochen Gefängnis und zum Bezahlen der Kosten verurtheilt. (P.)

Briefkasten.

K. in B. Ob der von Cölleda nach Nordhausen verlegte Rechtsanwalt und Notar Traeger der bekannte Lyriker Albert Traeger ist? Ja. Schon vor Jahren versicherte die „Volks-Ztg.“, daß er ein ebenso guter Jurist als Dichter sei, und diesem Umstande ist es wohl zuzuschreiben, daß er zum Vorigen der Direction der Saal-Insitut-Gesellschaft und zum Vorhingen des Vorlesungsvereins für Cölleda und Umgegend gewählt wurde. Seine Sporen als Dichter verdiente er sich bekanntlich durch Zeitgedichte in der „Gartenlaube“, auch sonst hat er sich an dem öffentlichen Leben lebhaft betheilt, so daß er bei der letzten Wahl zum Reichstage zum Vertreter des Wahlkreises Meißn. L. gewählt wurde. Traeger bekennt sich zur Fortschrittpartei, ist 44 Jahr alt und im persönlichen Verkehre sehr liebenswürdig. Von Geburt gebürt er Baiern (Augsburg) an. Seine „Gedichte“ haben die 10. Auflage bereits überschritten.

M. in D. Ein Deutscher ist verpflichtet eine Klage in polnischer Sprache anzunehmen, hat vom Gericht keine Uebersetzung zu beanspruchen, kann aber deutsch antworten.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Wien, 11. Oktober. Die Reichskriegsdelegation erledigte die noch restirenden Titel des Kriegsbordinariums, ebenso des Marineministeriums, bewilligte im Extraordinarium des Marinebudgets für den Bau des Kasematten-Schiffes „Tegethoff“ 687200 Gulden, während der Ausbruch die ganze von der Regierung hierfür verlangte Summe von 847200 Gulden gestrichen hatte.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die auf 1251 M. 80 Pf. veranschlagte Erneuerung der Fußbodenbelag in 8 Büroräumen der Königl. Provinzial-Steuer-Direktion, Breslauer-Straße Nr. 39 hieselbst, soll im Wege der Submission vergeben werden.

Hierzu ist auf
Freitag, den 15. d. Mts.
Vormittags 10 Uhr

in dem, in der 2. Etage des Direktions-Gebäudes befindlichen Geschäftszimmer XI. Termin anberaumt worden, woselbst auf der Kosten-Anschlag und die vor Abgabe der Offerten von den Unternehmungslustigen zu unterschreibenden Bedingungen in den Wochentagen von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags zur Einsicht bereit liegen. Die Offerten müssen frankirt und versiegelt mit der Aufschrift:

„Submission auf Zimmer-Arbeiten im Gebäude der Provinzial-Steuer-Direktion zu Posen“ versehen, bis zum Termin in dem bezeichneten Geschäftszimmer abgegeben sein und werden dieselben sodann in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Submittenten im Termin geöffnet werden.

Posen, den 7. October 1875.
Der Provinzial-Steuer-Direktor.

Güter

größeren Umfangs anzukaufen ist mehrfach beauftragt und nimmt diverse Offerten entgegen die
Central-Commissionsbank
Berlin, Königsstr. 53.

Handels-Register.

- Es ist eingetragen:
1. in unser Firmen-Register bei Nr. 856, woselbst die hiesige Firma **Joseph Warschauer Gschlinski** und als deren Inhaber der Kaufmann **Joseph Warschauer** zu Posen aufgeführt steht in Colonne 6. Der Inhaber Kaufmann **Joseph Warschauer** zu Posen hat dies Handels-Geschäft am 1. Okt. d. J. mit dem Firmen-Nachfolger, seinen beiden Söhnen **Magnus** und **Siegfried Warschauer** übereignet, welche dasselbe unter der bisherigen Firma für gemeinschaftliche Rechnung fortzuführen; die Firma **Joseph Warschauer Gschlinski** ist deshalb hier gelöscht und die neuemere unter der gleichnamigen Firma bestehende offene Handelsgesellschaft in das Gesellschafts-Register unter Nr. 273 eingetragen;
 2. in unser Gesellschafts-Register unter Nr. 273 die in Posen seit dem 1. Oktober d. J. unter der Firma **Joseph Warschauer Gschlinski** bestehende offene Handelsgesellschaft und als deren Gesellschafter
1. der Kaufmann **Magnus Warschauer**,
 2. der Kaufmann **Siegfried Warschauer**
- Beide zu Posen
zufolge Verfügung vom 2. Oktober 1875 am heutigen Tage.
Posen, den 4. Oktober 1875.
Königliches Kreisgericht.

Eine Besitzung

von 5-600 Morg. mit entsprechendem Viehbestand wird zu pachten gesucht. Gef. Offert. nimmt die Exped. der Pos. Ztg. unter N. B. 100 entgegen.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 13. d. M., Vormittags 11 Uhr, soll eine größere Quantität Schlamm, der beim Reinigen der Teiche der Kernwerkschleife gewonnen wurde, öffentlich verkauft werden.
Versammlung hierzu am Mühlen-Thore.
Posen, den 9. October 1875.
Kgl. Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist die unter Nr. 178 eingetragene Firma **Sally Cohn** in Samter, deren Inhaber der Kaufmann **Sally Cohn** gewesen ist, zufolge Verfügung vom 9. Oktober 1875 am 9. Oktober 1875 gelöscht worden.
Samter, den 9. Oktober 1875.
Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschafts-Register ist bei Nr. 4 „Vollbank zu Borek“ folgender Vermerk:
An Stelle des Lehrers **Casimir Urban** ist der Ackerbürger **Maximilian Sobnicki** als Kontrolleur in den Vorstand eingetreten.
zufolge Verfügung vom 7. Oktober 1875 heute eingetragen worden.
Krotoschin, den 8. Oktober 1875.
Königliches Kreis Gericht.

I. Abtheilung.

Kapitalien auf Güter offerirt in jeder Höhe zur 1. Hyp. a 5 pCt. glatt die Central-Commissions-Bank, Berlin, Königsstr. 53.

Submission.

Für den Neubau eines Gymnasiums wird eines Direktorialgebäudes sollen die Zimmermanns-Arbeiten und die Holzleistungen dazu in öffentlicher Submission vergeben werden.
Die Bedingungen und Offertenformulare sind im Bureau des Unterzeichneten einzusehen oder von dort gegen Erstattung der Kopialien zu beziehen.

Sonntag,

den 23. d. Mts.,
Vormittags 11 Uhr,
werden in dem genannten Bureau hieselbst die eingegangenen Offerten in Gegenwart der erschienenen Konkurrenten eröffnet werden.
Bongrowitz, den 7. Oktober 1875.
Der Kreis-Baumeister.

Städtische Fortbildungsschule.

(Breslauerstraße Nr. 16)
Der Unterricht im Winter-Semester beginnt Dienstag, den

12. October cr.,

Abends um 8 Uhr.

Die Aufnahme neuer Gehilfen erfolgt am Montag und Dienstag zwischen 6 bis 8 Uhr Abends durch
Rector Secht.

Ein Secundaner wünscht Stunde zu geben. Näh. in der Exp. d. Ztg.

Zwei Knaben finden in einer israel. Familie eine gute Pension. Näheres in der Buchhandl. von **S. J. Sumpmann & Sohn**, Markt Nr. 80.

Guben, den 2. Oktober 1875. Märktlich-Posener Eisenbahn.

Vom **15. d. Mts.** ab sind die Frachttarife des gemeinschaftlichen Tarifs mit der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn vom 15. Oktober 1871 für Steine von den Stationen Striegau und Ober-Striegau nach Posen auf 0,66 Mark und von Striegau nach Guben auf 0,64 Mark herabgesetzt worden.

Die Direktion.

Ein Rittergut

in Oberschlesien mit einem Areal von **4300 Morgen**, worunter **2100 M. Acker und Wiesen** und **2000 M. Wald**, mit schönem Wohnhaus und Garten, im besten Stande, mit festen Hypotheken ist bei **100 000 Thlr.** Anzahlung, pro Morgen mit **58 Thlr.** zu verkaufen.

Selbstkäufer erfahren Näheres durch **Hrn. E. Niener in Breslau**, Neue Taschenstraße 25. (H. 23,106.)

Ein Rittergut

von circa 2000 Morgen, in angenehmer Lage: Berlin, Dresden, Glogitz, Halle in drei Stunden zu erreichen, dicht bei Kottbus, mit herrschaftlichem, im alten Park gelegenen Schloß, sehr schwungvoller Wirtschaft, Brennerei und Viehzucht, etwas Forst, guter Jagd, ist zu verkaufen oder gegen eine Besitzung, wenn auch in der entferntesten Provinz, zu vertauschen, auch gegen Domänenpachtung unter Umständen, welche zu erfahren sind auf schriftliche Anfrage mit resp. Gütebezeichnung und Angabe der Geldverhältnisse.

Adressen sub **N. B. 7943** befördert **Hudolf Meise**, Berlin SW.

Gutkaufgeuch.

Eine Besitzung in der Provinz Posen, Nähe der Eisenbahn, mit gutem Boden, entsprechend Viehbestand, wird gegen Angabe eines Hausgrundstücks in Breslau, welches gegenüber dem Bahnhofs liegt und mehrere hundert Thaler Miethüberschuß bringt und gegen baare Zahlung von 5- bis 8000 Thlr. zu kaufen gesucht. Nur Selbstkäufer, die hierauf reflektiren, belieben ihre Adressen postlagernd Posen, **Gebrüder E. 769** gefälligst abgeben zu wollen.

Gegen ein rentables Gut offerire ein schönes Haus mit bed. Ueberschuß. **A. F. Engel**, Schmidstr. 40, Berlin SO.

Eine Dampfärberel und chemische Waschanstalt, die einzige dieser Art in Posen und Provinz, mit der besten Kundschaft versehen, mit vorz. Einricht. und in vollem Betriebe, ist (wegen geschäftl. Verbindung auswärts) sofort preiswerth zu verkaufen. Näheres Venetianerstr. 8.

Syphilis, Gechl.-u. Hautkrankh. Schwächest. (Pollut.) heilt mit **Sicherem Erfolge** auch brüchlich. **Dr. Holzmann**, Kl. Gerberstr. 6.

Geschlechtskrankheiten.

Hautkr., Syphilis, selbst die hoffnungslosesten und verzweifeltsten Fälle, heile ich brieflich nach der neuesten Heilmethode ohne jede Berührung. Desgl. Onanie und deren Folgen: Schwächezustände, Pollutionen und alle Urterleibseliden.

Dr. Hermann, Berlin, Prinzenstraße 62. (Beilage.)